

Liebe Marion Heins,

das vergangene Wochenende hielt manche Überraschung bereit: In Berlin waren fast eine Viertelmillion Menschen unterwegs, um unter dem Motto „#unteilbar“ für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft ohne Ausgrenzungen zu demonstrieren. Und in Bayern fand der Wahlkampf seinen mehr oder weniger bemerkenswerten Abschluss.

Die Ergebnisse sind für manche ernüchternd, für andere ein Anlass zur Euphorie. Fakt ist, dass sich die über Jahrzehnte bewährten politischen Strukturen in Deutschland neu ordnen und nun Strategien entwickelt werden müssen, um auf die neue Situation zu reagieren. Offensichtlich gelingt es den etablierten Regierungsparteien immer weniger, ihre durchaus vorhandenen Erfolge deutlich zu machen. Wahrgenommen werden nur die leider in reichlichem Maße vorhandenen Konflikte untereinander. Dabei gibt es eine Reihe von Themen, die in der kurzen Regierungszeit vorangebracht wurden: wichtige Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die sogenannte Mütterrente II, die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2025, die Wiedereinführung der paritätischen Beitragsleistungen für die Krankenkasse, ein Programm zur besseren Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, die Brückenteilzeitregelung –, um nur die wichtigsten zu nennen. Auch wenn aus gewerkschaftlicher Sicht noch manche Wünsche offenbleiben und es dringenden Nachbesserungsbedarf gibt – die Richtung stimmt und muss weiterverfolgt werden.

Ich wünsche mir eine starke demokratische, solidarische und handlungsfähige Gesellschaft – dazu kann jede*r von uns auf die eine oder andere Weise beitragen.

Einen schönen Herbst wünschen

Dagmar König

und das gesamte Team des Ressorts Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Qualifizierungsoffensive für den Arbeitsmarkt



Weiterbildung für (fast) alle – Gesetz will neue Perspektiven bieten

Beschäftigte und Erwerbslose sollen mit einem Qualifizierungschancengesetz, das die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt vorbereitet werden. In diesem Gesetz soll unter anderem ein Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung festgeschrieben und Förderungsmöglichkeiten verbessert werden. Wichtige Schritte, die aber keineswegs ausreichen, um endlich eine verbesserte Weiterbildungskultur zu etablieren.

[Weiterlesen >](#)

Rentenbeiträge für pflegende Rentner*innen erhalten

Rentner*innen, die ihre Angehörigen pflegen, drohten nach einer geplanten Gesetzesänderung des Gesundheitsministeriums Einbußen. Mit einer konzertierten Aktion von Gewerkschaften und Sozialverbänden konnte das verhindert werden. Um welche Anerkennungsleistungen von Pflege- und Sorgearbeit von Angehörigen in der Rente es sich handelt, das liest Du in unserer [sopos aktuell](#) zu den Rentenbeiträgen für pflegende Rentner*innen.

[Weiterlesen >](#)

Aktuell im Gesetzgebungsverfahren: Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten

In einem neuen Gesetzgebungsverfahren zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesregierung geht es auch um Verbesserungen bei den

Erwerbsminderungsrenten, die durch die Rentenreform 2001 „kaputtgespart“ wurden. ver.di begrüßt die Leistungsverbesserungen, die rund 170.000 künftige Erwerbsminderungs-Rentner*innen betreffen. Kritisch anzumerken ist aber, dass nur künftige Rentner*innen in den Genuss der Verbesserungen kommen, Bestandsrentner*innen jedoch nicht.

[Weiterlesen >](#)

Inklusion in der Arbeitswelt – Immer noch ein Zukunftsthema?



Veranstaltungsbericht zur Behindertenpolitischen Fachtagung am 27.09.2018 in Berlin

Die Vorträge und Diskussionen auf der Behindertenpolitischen Fachtagung von ver.di machten klar: die Themen Inklusion, Teilhabe und Integration müssen auch weiterhin in die Diskussion über die Gestaltung der Arbeitswelt eingebracht werden. Für eine inklusive Gestaltung von Arbeitsplätzen bedarf es immer noch des Abbaus von Barrieren. Auch in Bezug auf die Digitalisierung müssen Hindernisse frühzeitig erkannt, bedacht und abgebaut werden.

[Weiterlesen >](#)

Offen, sozial und gerecht für alle: Gewerkschaftliche Grundpositionen und Anforderungen an ein Einwanderungsgesetz

Seit Jahren wird über ein Einwanderungsgesetz debattiert, die jetzige Regierungskoalition will es nun auf den Weg bringen. Um den abschließenden Entwurf seitens der Regierung besser beurteilen zu können, fassen wir mit dieser sopta aktuell die gewerkschaftlichen Grundpositionen in der Frage der Regulierung der Einwanderung zusammen. Eine Neuorientierung in der Einwanderungspolitik muss mit der Verbesserung der gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhabechancen für alle im Inland lebenden Menschen, gleich welcher ethnischen und sozialen Herkunft sie auch sind, verbunden werden.

Weiterlesen >

Aus der Sozialen Selbstverwaltung



DRV-Versichertenberater*innen im regionalen Dialog. Herausragende Arbeit für unsere Mitglieder.

Die Rentenexpert*innen, die sich als ehrenamtliche Selbstverwalter*innen in der Versichertenberatung engagieren, treffen sich in der Region Hamburg regelmäßig, um sich über ihre anspruchsvolle und wichtige Arbeit auszutauschen. Mittlerweile haben diese Treffen Schule gemacht: sie sind nun überregional und trägerübergreifend organisiert. Worum es den Initiator*innen geht und welche Themen dort besprochen werden, das liest Du hier.


Weiterlesen >

Vielen Dank für Dein Interesse!

Wir würden uns freuen, wenn Du den gesamten Newsletter oder einzelne Meldungen mit Deinen Bekannten und Kollegen teilst.



Wenn Du diesen Newsletter abbestellen möchtest, klicke bitte [hier](#).



Inhaltlich verantwortlich gemäß Paragraf 55 Rundfunkstaatsvertrag (RfStV) und Absatz 5
Telemediengesetz (TMG). ver.di-Redaktion

Verantwortliche:

Dagmar König

Mitglied des ver.di Bundesvorstandes
ver.di Bundesverwaltung
10112 Berlin

Redaktion: Mascha Jacobs

Telefon: (030) 69 56-2400

E-Mail: sopojetzt.newsletter@verdi.de